

Bildungsbremse – Nein zur schädlichen Volksinitiative

www.bildungsbremse-ag-nein.ch

Der Titel der Initiative ist irreführend



Die Initiative suggeriert, dass das Aargauer Stimmvolk den Lehrplan 21 ablehnen und sich für eine gute Bildung aussprechen könne. Abgestimmt wird jedoch konkret über einen gänzlich neu formulierten § 13 des Schulgesetzes. Neben einer allgemeinen Aussage, dass sich der Lehrplan an die Kantonsverfassung und das Schulgesetz zu halten habe, stehen im neuen § 13 folgende realitätsfernen Forderungen:

- Für den Kindergarten soll ein Rahmenlehrplan erstellt werden.
- Für die Primarstufe und für die Oberstufe sind die Schulfächer abschliessend aufgezählt, wobei an der Primarstufe per Gesetz nur eine Fremdsprache unterrichtet werden soll.
- Der Lehrplan ist in allen Fächern nach Jahrgangsziele zu gestalten.

Die Initiative verhindert weder die Einführung des Lehrplans 21 noch die Einführung eines kompetenzorientierten Lehrplans, sondern provoziert einen Scherbenhaufen und weitere Unklarheit.

Wir sagen NEIN zu einer Initiative, die mehr Unklarheiten schafft als Fragen klärt und die Stimmberechtigten in die Irre führt.

Nein zur Einschränkung des Fächerangebots



Der neue Aargauer Lehrplan auf der Basis des Lehrplans 21 macht unsere Kinder fit für die Zukunft. Der neue Aargauer Lehrplan soll wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen und deshalb neue Bereiche wie Informatik, Medienpädagogik oder berufliche Orientierung berücksichtigen. Naturwissenschaften und Technik sollen gestärkt werden.

Ein eingeschränktes Fächerangebot würde die Aargauer Jugendlichen gegenüber den übrigen Jugendlichen in der Schweiz benachteiligen. Ihre Abschlüsse beim Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung oder in eine weiterführende Schule wären nicht mehr vergleichbar. Mit der Initiative wird dies verhindert.

Der Aargau kann es sich jedoch nicht leisten, still zu stehen.

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Schweiz. Tragen wir auch im Aargau Sorge dazu. Wir wollen Verantwortung übernehmen und die Ausgestaltung eines zeitgemässen Aargauer Lehrplans ermöglichen.

Nein zu einer teuren Aargauer Lösung



Wir wollen gute Lehrpersonen mit einer fortschrittlichen Ausbildung und kostengünstige Lehrmittel für unsere Schule.

Neue Lehrmittel richten sich an den harmonisierten Bildungszielen und damit am Lehrplan 21 aus. Der Aargau müsste zusätzlichen Aufwand, um diese Lehrmittel auf seine Fächer und die Erreichung jedes einzelnen Jahrgangziels auszurichten. Die Entwicklung von Lehrmitteln für einen beschränkten Markt ist aber teuer und wirkt sich direkt auf den Preis aus. Dies wiederum belastet die Gemeinden, welche die Lehrmittel zur Verfügung stellen müssen. Dasselbe gilt für die Aus- und Weiterbildung jener Lehrpersonen, welche im Kanton Aargau unterrichten oder unterrichten wollen. Bei Annahme der Initiative müsste der Aargau zumindest in Teilbereichen kostenintensive Spezialangebote bestellen. Die Erarbeitung eines Aargauer Lehrplans auf der Basis des Lehrplans 21 würde trotzdem nicht verhindert, aber erheblich erschwert.

Die Initiative erhöht die Lehrmittelkosten für die Gemeinden und führt zu Mehrkosten beim Kanton für die Lehreraus- und -weiterbildung.

Nein zum Alleingang



Gemeinsame Bildungsziele garantieren den Anschluss

NEIN zur schädlichen Volksinitiative

Die Schweizer Stimmberechtigten haben 2006 mit grosser Mehrheit der Harmonisierung des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht sowie der Dauer und Ziele der Bildungsstufen zugestimmt. Die Vorlage Lehrplan 21 wurde von Fachteams (Lehrpersonen, Fachdidaktiker) erarbeitet. Schulkreise, Fachwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik konnten ihre Anliegen dazu einbringen.

Der neue Lehrplan formuliert für alle Fachbereiche und Fächer verbindliche Bildungsziele und ermöglicht sanfte Übergänge beim Stufenwechsel und bei einem Wechsel in einen anderen Kanton.

Die Initiative verhindert gute Anschlüsse für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie missachtet das Anliegen des Stimmvolks.

NEIN zum Stillstand in der Bildungsentwicklung



Erfolgreicher Unterricht soll weiterentwickelt werden.

Die Lehrperson bleibt auch zukünftig Dreh- und Angelpunkt im Unterricht. Sie entscheidet wie bisher, welche Art des Unterrichts – von Frontalunterricht bis zu kooperativen Lernformen – für die Zielerreichung in der betreffenden Klasse oder Lerngruppe die jeweils wirksamste und nachhaltigste ist. Die Aargauer Lehrerinnen und Lehrer bieten einen guten Unterricht und werden dies auch mit einem neuen Aargauer Lehrplan tun.

Sie unterstützen und begleiten die Kinder und Jugendlichen in ihrer geistigen, emotionalen, sozialen und motorischen Entwicklung. Sie leisten einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung und zu einer aktiven und erfüllten Lebensgestaltung. Sie vermitteln eine vertiefte Allgemeinbildung und machen die Kinder mit den Anforderungen der Gesellschaft vertraut. Sie vermitteln grundlegende Kulturtechniken sowie gültige Ausdrucksformen für selbstständiges Denken und Handeln.

Ein kompetenzorientierter Lehrplan leistet genau dafür eine wertvolle Unterstützung.

NEIN zu einer Initiative, die auf unflexible Jahresziele setzt



Wir brauchen einen Lehrplan, der die Arbeit der Lehrpersonen respektiert.

Rahmenlehrpläne sind Instrumente für die Berufsschulen und Maturitätsschulen, die darauf basierend eigene Lehrpläne ausarbeiten. Für den Kindergarten eignet sich das Instrument nicht und würde einen erheblichen Mehraufwand an den einzelnen Kindergartenstandorten mit sich bringen.

Der aktuelle Lehrplan kennt in vielen Fächern mehrjährige Ziele. Aus pädagogischen und schulorganisatorischen Gründen kann es Sinn machen, über mehrere Jahre an den gleichen Zielen und Inhalten zu arbeiten. Dies hat den Vorteil, dass die Kinder dort abgeholt und gefördert werden können, wo sie stehen. Speziell im mehrklassigen Unterricht muss die Lehrperson auf die Leistungsunterschiede der Kinder reagieren können. Mit Jahreszielen würde die Flexibilität der Schule vor Ort und die Gestaltungsfreiheit der Lehrpersonen unnötig eingeschränkt.

Die Initiative beachtet weder die Aargauer Schulstruktur noch die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen.

NEIN zur Initiative, die Wissen ohne Anwendung fordert



Leistungen erfordern WISSEN, KÖNNEN und WOLLEN.

Kinder und Jugendliche wollen lernen und etwas können. Das beginnt schon im Baby-Alter. Kinder und Jugendliche wollen nicht nur «büffeln» und langweilige «Pöstler-Geografie» durchnehmen, sondern entdecken, herausfinden, ausprobieren, sich bestätigen und aktiv sein. Die Kinder und die Jugendlichen mit ihren Eltern wollen keinen Unterricht, der hauptsächlich auf Auswendiglernen basiert. Um im schulischen, im beruflichen und im gesellschaftlichen Leben erfolgreich zu sein, benötigen die Schülerinnen und Schüler WISSEN, KÖNNEN und WOLLEN. Diese zeitgemässe Orientierung am Wissen und Können in der Anwendung ist praxis- und lebensnah. Sie hat sich in der Berufsbildung bewährt und ist dort breit akzeptiert. Kinder und Jugendliche werden mit dem Zusammenwirken von Wissen, Können und Wollen in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft und Umwelt befähigt, Probleme zu lösen und nicht nur auswendig gelerntes Wissen wiederzugeben.

Der Lehrplan bildet unsere Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern und ist die Basis für kompetente Berufsleute in einer sich rasch verändernden Welt. «Ohne Fleiss kein Preis» sagt der Volksmund schon lange. Lernen ist für die Kinder mit Aufwand, Erfolg und gelegentlich mit Frustration verbunden. Neben «Wissen» und «Können» ist «Wollen» als dritter Faktor entscheidend für den Schulerfolg. Darauf hat auch die Erziehung im Elternhaus einen nicht zu unterschätzenden Einfluss.

NEIN zum gesetzlichen Korsett



Die bisherigen Gesetzesgrundlagen haben sich bewährt.

Die Initiative will den heute geltenden § 13 des Schulgesetzes vollständig ersetzen durch einen im Wortlaut vorliegenden neuen Gesetzestext.

Der bisherige Gesetzestext mit der Nennung der zu unterrichtenden Bereiche hat sich bewährt. Die Konkretisierung erfolgt im Lehrplan und in den Stundentafeln, die vom Regierungsrat erlassen werden. Der Grosse Rat hat die Möglichkeit, über den Aufgaben- und Finanzplan Einfluss zu nehmen.

Die neue Regelung im Gesetz macht das System träge und erschwert periodische Anpassungen.

Die Initiative verhindert jedoch die Aufnahme neuer Bereiche in den neuen Aargauer Lehrplan und sie stellt auch den heute geltenden Aargauer Lehrplan in Frage, nach dem seit nunmehr 17 Jahren erfolgreich unterrichtet wird, weil bisherige Fächer gestrichen werden müssten.

NEIN zur Behinderung der Mobilität



Der Lehrplan 21 ermöglicht die von Gesellschaft und Wirtschaft geforderte Mobilität.

Mobilität nimmt in unserem heutigen Leben einen immer grösseren Stellenwert ein. Die technischen Möglichkeiten erlauben es uns, zunehmend mobiler zu sein. Das ist schön für unsere Freizeit und unsere Ferien, wir kommen immer schneller an immer entferntere Orte. Das ist aber auch wichtig für unsere Wirtschaft. Menschen müssen dort arbeiten können, wo sie gebraucht werden. Gerade Eltern werden hier seitens des Schulsystems behindert. Wer Kinder im Schulalter hat, überlegt es sich zweimal, den Wohnort zu wechseln und damit den eigenen Kindern nebst einem neuen sozialen Umfeld auch ein neues Schulsystem zuzumuten. Solche Systembrüche behindern nicht nur die Mobilität, sie sind auch schulisch völlig unnötig. Es ist nicht begründbar, dass mancherorts auf wenigen Quadratkilometern mehrere Schulsysteme und damit unterschiedliche Lehrpläne gelten sollen. Die Übernahme des Lehrplans 21 durch die ersten Kantone zeigt denn auch deutlich, dass diese erstaunlich wenig abändern. Sie machen damit deutlich, dass man gut mit einem überkantonalen Auftrag für die Schule leben kann und somit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht unnötig in ihrer Wohnsitzwahl einschränken muss.

Der Lehrplan 21 ist ein wichtiger Schritt, um grössere Mobilität zu ermöglichen.